

Landkreis ROW
Herrn Landrat H. Luttmann
Vorsitzender des Kreistages F. Hellberg
Kreishaus
27356 Rotenburg/Wümme

Wilstedt, den 28.05. 2016

Antrag:

**Thema: Illegale Großmaststall-Genehmigungen in den Gemeinden
 Hanstedt und Visselhövede -Buchholz.**

Ich beantrage eine Überprüfung und Klarstellung aller Genehmigungsverfahren der Großmastanlagen in Hanstedt, Visselhövede -Buchholz u.a. die schon z.T. im Kreistag punktuell angesprochen wurden, aber kein klares Ergebnis für die unbeteiligten Abgeordneten lieferten.

Durch die Fragen von den Abgeordneten Frau Dr. Gabriele Hornhardt und Frau Antje Buschmann wurden Fragen und Probleme deutlich, die es zeitnah zu klären gilt, damit eine ordnungsgemäße Genehmigungspraxis im Kreisbauamt sichergestellt werden kann und in Zukunft keine illegalen Genehmigungen des Kreisbauamtes mehr erstellt werden.

Die Grundlage für die Fragen der beiden Abgeordneten waren und sind aber eklatante Mängel in der Genehmigungspraxis der Kreisbauverwaltung und diese müssen wir zeitnah abstellen.

Die Darstellung in der Öffentlichkeit, lässt den Schluss zu, dass hier im LK ROW nicht mit einheitlichen und gesetzeskonformen Mitteln gearbeitet wurde. Das Ziel dieses Antrages ist es diese Mängel in den Genehmigungen für die Mastställe für zukünftige Fälle zu vermeiden. Die Erklärung des Ersten Kreisrates Dr. Lühring, man hätte hier nur das damals gültige Gesetz angewendet wurden in beiden Fällen, Hanstedt und Visselhövede vom OLG Lüneburg mit dem Entzug der Genehmigung geahndet. Dieses ist ein Armutszeugnis für unsere Bau-Kreisverwaltung und auch für das politische Kontrollgremium, den Kreistag.

Begründung:

Durch die von den beiden Kreistagsabgeordneten aufgeworfenen Fragen, ist es notwendig geworden, die offensichtlich gewordenen Unzulänglichkeiten bei der Genehmigungspraxis von Großställen im LK ROW, umgehend zu korrigieren, so hat das Gericht eine klare

Grenze gezogen und deutlich gemacht, dass auf die seit 2009 in der Geruchsimmisionsrichtlinie (GirI) festgelegten Grenzwerte für Immissionen von Feinstaub, Ammoniak und Stickstoff erheblich überschritten und somit ist eine Gesundheitsgefährdung der Anwohner nicht auszuschließen. Hier hat die Kreisbauverwaltung auf diese Weise auch noch die Gesundheit der Anwohner gefährdet. Für eine Verwaltung, die sich eigentlich neutral für alle Bürger einsetzen soll, eigentlich eine unverantwortliche und nicht vertretbare Haltung. Diese muss zeitnah korrigiert werden.

Dr. Manfred Damberg
Kreistagsabgeordneter
-Die Linke-